Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee

und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 62 (1987)

Heft: 12

Artikel: Realitäten nicht verdrängen

Autor: Eberhart, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-716542

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Realitäten nicht verdrängen

Von Hauptmann Dr Hans Eberhart, Zürich

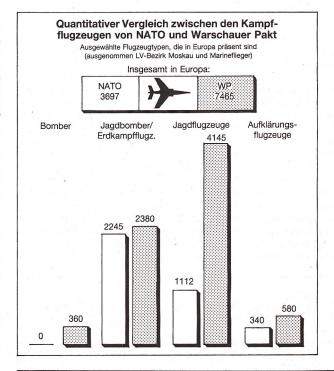
Man hat in den westlichen Ländern und leider auch in der Schweiz vermehrt die Neigung, die Sowjetunion und die USA – nicht zuletzt des rüstungskontrollpolitischen Geschehens wegen – mit gleichen Ellen zu messen. Während Gorbatschow mit seiner Ende Februar dieses Jahres vorgeschlagenen «Null-Lösung» als «Friedensapostel» unserer Epoche bezeichnet wird, gehen gewisse Medien angesichts der Mitte September zustande gekommenen Grundsatzvereinbarung über die Beseitigung der landgestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF) längerer und kürzerer Reichweite (500–5500 km) einfach über die ungelösten Probleme und das bestehende Wagnis dieses Abkommens hinweg. Zudem wird dabei vergessen, dass der «Rüstungskontrolle» letztlich völlig verschiedene politische Absichten und Ziele der beiden Grossen zugrundeliegen. Beides erst – Gesamtpolitik und verbleibende militärische Potentiale – zusammengenommen zeigt an, welche Grenzen dem Abrüstungs- respektive Entspannungsprozess gesetzt sind, soll die Konzeption der nuklearen Abschreckung und damit die westliche Sicherheit nicht noch mehr Einbussen erleiden.

Am Ende dieses Jahres rücken Jubiläen zweier weltpolitisch bedeutsamer Ereignisse ins Blickfeld. Einmal ist es der «Siebzigste Jahrestag der Grossen Sowjetischen Oktober-Revolution», von der Kommunistischen Partei der UdSSR als «das herausragendste Ereignis des 20. Jahrhunderts» (vergleiche dazu den «Appell an das sowjetische Volk des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion», vom März 1987, in: Informations-Bulletin, Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien, Nr 5 (1987), S1-9, hier zit S1) bezeichnet. Zum andern kann die NATO im Dezember den zwanzigsten Jahrestag ihrer im sogenannten Harmel-Bericht zugrundegelegten Doppelstrategie feiern, die einerseits die Verfolgung von Rüstungskontrollverhandlungen und anderseits je nach Massgabe der Gleichgewichtspolitik die Verstärkung der Streitkräfte umfasst. Dieser Bericht umschreibt ebenfalls die NATO-Strategie der «flexible response» (abgestufte Antwort), die im Dezember 1967 codifiziert worden war.

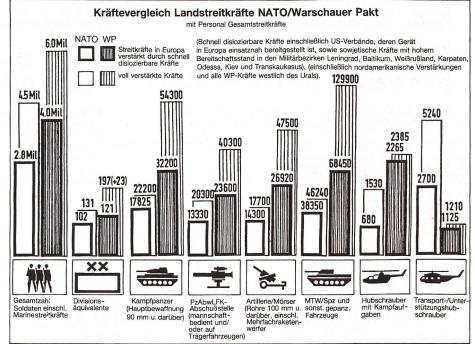
In Vergegenwärtigung der Tatsache, dass die «flexible Antwort» ein Spektrum von Massnahmen ins Auge fasst, die von der Aufrechterhaltung von nuklearen und konventionellen Kräften bis zum angemessenen Einsatz derselben reicht, macht es den Anschein, als ob der Westen angesichts der noch nicht bekannten Verifikationsbestimmungen einem INF-Abkommen, der sowjetischen Fähigkeit zur chemischen Kriegführung, der enormen konventionellen Übermacht der Sowjets und des Ungleichgewichts bei den Kurzstreckensystemen nicht weiss, was er tun soll. Auch wenn die Zahl der Befürworter von Experimenten mit «Entmilitarisierung», «Entnuklearisierung» Europas und der Pazifismus daselbst zunehmen und ihren Einfluss verstärkt öffentlichkeitswirksam geltend machen dürften, sind die Schlussfolgerungen für uns Schweizer klar. Je mehr nukleare Waffen abgebaut und verschrottet werden, desto grösser wird wiederum die Bedeutung der verbleibenden Waffen, vor allem der konventionellen. Gerade auf diesem Sektor besitzt die UdSSR eine eindeutige Überlegenheit (vgl die beiden Abbildungen). Wir haben demnach keinen Grund, in unseren Verteidigungsanstrengungen nachzulassen.

Politisch-strategische Asymmetrie zwischen Ost und West

Das Gesagte gewinnt an Bedeutung im Bewusstsein der durch das rüstungskontrollpolitische Geschehen kaschierten Tatsache, wonach die UdSSR auch in Zukunft ein totali-



Die beiden Abbildungen zeigen die gegenwärtigen konventionellen Kräfteverhältnisse in Europa, wie sie aufgrund eines von der Bundeswehr in der Mitte dieses Jahres veröffentlichten Vergleichs deutlich werden (Stand: Ende 1986). Sie belegen das enorme Übergewicht des Warschauer Paktes bei fast allen Waffenkategorien (Quelle: Europ Wehrkunde, Nr 8/1987, S 423).



täres politisches System bleiben wird. Sie betreibt «Reform» und «Umgestaltung» nicht zur Förderung von Freiheit und Demokratie, sondern für «den Fortschritt der soziali-

stischen Gesellschaft» (ebd, S1) mit den autoritären Methoden der Verfolgung der politischen Opposition und der Kontrolle sowie Manipulation der öffentlichen Meinung. Wir

6

Spitzenzug für Zugspitze. Und umgekehrt.

Nächstens wird die Bahn auf Deutschlands höchsten Berg mit zwei Doppeltriebwagen aus Winterthur erneuert. Auch was sich die Vitznau-Rigi-Bahn gerade an Triebfahrzeugen zum 115. Geburtstag schenkte, stammt von unserer Konzerngesellschaft SLM.

Zahnradbahnen der Schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik führen zudem auf den Zürcher Dolder, den Pilatus, den Corcovado in Rio u.a.m.

Neue Entwicklungen inbegriffen

Welche komfortablen Verkehrsverbindungen und -mittel auch immer: heute gilt es höhere Frequenzen und Kapazitäten sowie kürzere Wartezeit und Reisedauer umweltverträglich in Einklang zu bringen. Das geht auf der Schiene zumeist leichter als auf der Strasse.

Die SLM hat über 100 Jahre Erfahrung mit Schienenfahrzeugen. Und Zugriff zur Infrastruktur eines auch in High-Tech-Höhenluft tätigen Konzerns. Nur logisch, dass die SLM sowohl an der Entwicklung der Lokomotiven der Zürcher S-Bahn als auch an der bis 230 km/h schnellen Lok der Bahn 2000 arbeitet.

Gebrüder Sulzer Aktiengesellschaft, 8401 Winterthur, Telefon 052-81 40 97 (Info) oder 81 11 22 (allgemein).

SULZER®

haben keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass die Führer des Sowjetblocks weiterhin in Kategorien des Marxismus denken, wie er etwa vom Berufsrevolutionär Lenin (1870–1924) revidiert dargeboten wird. Der Konflikt der beiden Blocks ist für sie nur ein Aspekt, nur ein Moment der Weltrevolution und des unvermeidlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

«Wir leben in einer Welt, die sich unter dem Einfluss unserer Revolution grundlegend verändert hat. Schon mehr als ein Drittel der Menschheit hat die Fesseln kapitalistischer Ausbeutung abgeworfen. Der Sozialismus existiert als Weltsystem, er entwickelt sich und erstarkt. Es gibt keine Kolonialimperien mehr – es gibt Dutzende junger, souveräner Staaten. Die Kräfte des internationalen Proletariats, dessen Interessen die marxistisch-leninistischen, kommunistischen und Arbeiterparteien vertreten, haben sich vervielfacht. Die demokratischen, antiimperialistischen und gegen den Krieg gerichteten Massenbewegungen entfalten sich. Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich. Das heutige sozialpolitische Antlitz der Welt ist das gesetzmässige Ergebnis des historischen Prozesses, den der Oktober eingeleitet hat. Unsere ersten Schritte beim sozialistischen Aufbau taten wir unter der Führung Wladimir IIIjitsch Lenins ... Auf den Kampf für den Frieden sind die ganze politische Autorität und der gesamte internationale Einfluss unseres Landes gerichtet... Sozialismus und Friede sind untrennbar.» (Ebd S3 und 9).

Die Sicherheit Westeuropas erfordert ein enges Zusammengehen mit den USA

Die Vereinigten Staaten sind die einzige Macht, die das Gleichgewicht zu der Kraft der Sowjetunion herstellen können. Sie sind aber zugleich der höchste Ausdruck des Kapitalismus, der nationale Feind Russlands und der ideologische Feind der sozialistischen Welt. Nach der marxistisch-leninistischen Philosophie ist diese Rivalität der beiden Grossen nicht mit den grossen Rivalitäten der beiden zwischen zwei Anwärtern auf den Thron oder auf das Imperium zu vergleichen. Sie fügt sich in einen revolutionären Umwandlungsprozess ein, dessen diplomatischer Ausdruck für sie Subperiodencharakter hat. Es ist nicht die Rede davon, dieser Rivalität ein Ende zu setzen durch ein dauerhaftes Abkommen, das auf die Verteilung der Einflusszonen oder auf das Prinzip «Leben und leben lassen» begründet wäre. Die «Friedliche Koexistenz» ist nur - und kann nur sein - eine besondere Modalität, die ein verlängerter Konflikt vorübergehend annimmt.

Der Westen neigt dazu, den Vorrang des Friedens anzuerkennen, und wäre es auch nur unbewusst; daher sucht er gegenüber einem Konflikt die friedliche Lösung oder Regelung. Die Sowjets dagegen erkennen bis zur endgültigen Verbreitung des Sozialismus die Schicksalshaftigkeit des Konfliktes an. Ersterer ist bereit, sich mit einem Frieden ohne Sieg zu begnügen. Wenn die Sowjets darauf verzichten, den Westen zu zerstören, lässt dieser sie gern auf ihre Art leben; er überlässt ihnen ja ohne allzu schlechtes Gewissen die Völker, die die Rote Armee «befreit», «erobert» hat und daran ist, zu erobern (Afghanistan!). Dagegen können sich die Sowjets nicht einmal denken, was ein Friede ohne Sieg sein könnte. Für sie gilt: «Solange es einen kapitalistischen Block gibt, wird der Friede nicht gesichert

sein, weil der Kapitalismus seinem Wesen nach imperialistisch ist.»

Der Kampf muss weitergehen, nicht weil die Menschen ihn wünschen, sondern weil die Gesetze der Geschichte es so bestimmen. Um es mit Gorbatschows Worten zu untermauern: «Die Umgestaltung ist - wenn man ihren internationalen Aspekt hervorhebt - die Einladung des Sozialismus zum friedlichen Wettstreit mit jedem anderen sozialen System.» Ein solcher Wettbewerb diene dem «allgemeinen Fortschritt und dem Frieden in der ganzen Welt...» (Rede M Gorbatschows «Für eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit» vor den Teilnehmern des Internationalen Friedensforums in Moskau am 16. Februar 1987, in: Informations-Bulletin Nr 4 (1987), S1-176, zit hier S4-5). Und schliesslich: «Die Partei lässt keinen Augenblick in ihren Anstrengungen um die weitere Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit des Landes nach ... und misst den Armeekadern eine besondere Rolle bei der Lösung dieser lebenswichtigen Aufgabe bei.» (Referat von M Gorbatschow «Für die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei», gehalten am 27. Juni 1987 auf dem Plenum des ZK der KPdSU, in: Informations-Bulletin, Nr.3 (Sonderausgabe 1987), S1-58, hier S55).

Rüstungskontrolle nicht zum Selbstzweck

Aus diesen Worten geht die ganze Problematik der heutigen Weltlage hervor. Die von den Sowjets beschworene Beseitigung aller Nuklearwaffen («Für eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit», Rede von Generalsekretär M Gorbatschow am 16. Februar 1987) bleibt Lehrformel und verdeckt ihr Ziel «Mehr Sozialismus». Denn «Sozialismus und Frieden sind untrennbar. Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Friede.» (Informations-Bulletin, Nr 5 (1987), S 9). Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, werden Abrüstungs- und Friedensfloskeln unglaubwürdig bleiben. Rüstungskontrolle also, die der kommunistischen Ideologie mit dem darauf gründenden Suprematieanspruch nicht Rechnung trägt, läuft letztlich den westlichen Sicherheitsinteressen zuwider. Der im Westen wenig Aufmerksamkeit erhaltende Afghanistan-Krieg, die tägliche Missachtung der Menschenrechte im Ostblock - strategische Faktoren von Gewicht für den Westen erhärten den fundamentalen politischen Widerspruch, dem die UdSSR erliegt: sich einerseits als friedliebende Macht aufzuschwingen, anderseits jedoch politisch und militärisch weiterhin einen totalitären und offensivaggressiven Kurs beizubehalten.

